

# Sitzungsniederschrift

Gremium: **Rat**

Datum: **Donnerstag, 11. Mai 2017, um 16:30 Uhr**  
Ort: **Kleiner Saal der Rathausgaststätte, Rathaus  
Büddenstedt, Rathausplatz 1, 38372 Büddenstedt**



---

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr

Sitzungsende: 18:10 Uhr

Anwesend:

Alder, Joachim	Klimaschewski-Losch, Ina
Broughman, Stefan	Kühl, Yvette
Diedrich, Friedrich-Wilhelm	Niemann, Margrit
Dinter, Norbert	Preuss, Friedrich
Doil, Hans-Joachim	Reinhold, Stefan
Duckstein, Christian	Romba, Christian
Engelke, Ulrich	Rosinski, Charitha
Fox, Andreas	Ryll, Martin
Gehrke, Michael	Schadebrodt, Petra
Girod-Blöhm, Alexandra	Schünemann,
Gogolin, Gabriele	Hans-Jürgen
Grune, Margit	Strümpel, Uwe
Heister-Neumann, Elisabeth	Waterkamp, Axel E. H.
Ide, Guido	Dr. Weferling, Stefan
Kalisch, Wolfgang	Wiesenborn, Petra
	Winkelmann, Wilfried

von der Verwaltung:  
Wittich Schobert (Bürgermeister)  
Henning Konrad Otto (Erster  
Stadtrat)  
Jens Schulze (Protokollführer)

---

Bürgermeister

Ratsvorsitzende/r

Protokollführer/in

durchschnittliche Zahl der Zuschauer im Internet: 40

## Tagesordnung - Öffentliche Sitzung

- TOP 1** Eröffnung der Sitzung
- TOP 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- TOP 3** Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4** Einwohnerfragestunde
- TOP 5** STN039/17 Fragestunde des Rates
- TOP 6** Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses
- TOP 7** V084/17 Änderung der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Helmstedt (SOV); Leinenzwang in der Grünanlage Wallgarten
- TOP 8** V075/17 Annahme von Zuwendungen durch den Rat
- TOP 9** I011/17 Städtebaulicher Vertrag zwischen Stadt und Landkreis Helmstedt zur  
V057a/17 Einrichtung des Gewerbegebietes Barmke Autobahn
- TOP 10** V083/17 Kostenfreies Parken für Elektrofahrzeuge; Antrag zur Änderung der Gebührenordnung für das Parken an Parkscheinautomaten
- TOP 11** Bekanntgaben
- TOP 12** Einwohnerfragestunde

# Öffentliche Sitzung

## **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Die Ratsvorsitzende Elisabeth Heister-Neumann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

---

## **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Frau Heister-Neumann stellt die ordnungsgemäße Ladung des Rates der Stadt Helmstedt fest. Sie bittet Herrn Schulze, die Anwesenheit festzustellen. Im Anschluss daran stellt sie fest, dass die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Helmstedt gegeben ist.

---

## **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Frau Heister-Neumann fragt, ob es zur Tagesordnung Änderungswünsche gibt.

Herr Gehrke verweist auf § 4 d) der Geschäftsordnung des Rates, nach welchem die Genehmigung der Niederschrift über die vorherige Sitzung Teil der Tagesordnung ist und nach TOP 3 Feststellung der Tagesordnung erfolgen müsse. Er weist darauf hin, dass dieser Punkt in der Tagesordnung fehle und dass die Protokolle der Ratssitzungen vom 03.04.2017, 23.03.2017 und 26.01.2017 noch ausstehen. Herr Gehrke bittet darum, dass die Protokolle zukünftig in dem Zeitraum, der in der Geschäftsordnung bestimmt ist, fertig gestellt und den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Bürgermeister Wittich Schobert bedankt sich für den Hinweis von Herrn Gehrke. Er beabsichtigt, für den Stellenplan 2018 vorzuschlagen, den Personalbestand im Fachbereich 12 Büro des Rates derart anzupassen, dass die Erwartungshaltung des Rates durch das Personal erbracht werden kann.

Frau Heister-Neumann erkundigt sich, ob es noch weitere Hinweise, Anregungen oder Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt. Da dies nicht der Fall ist, stellt sie die vorliegende Tagesordnung fest.

---

## **TOP 4 Einwohnerfragestunde**

Den anwesenden Einwohnern wird Gelegenheit gegeben, sich zu den Tagesordnungspunkten und zu sonstigen Angelegenheiten der Gemeinde zu äußern, sowie Fragen an die Ratsmitglieder und die Verwaltung zu stellen. Hiervon wird in 2 Fällen zu den Themen "Edeka-Ansiedlung in der Braunschweiger Straße" sowie "Umsetzung der Bienenkästen von Herrn Dörr vom Piepenbrink an den neuen Standort am Ziegelberg" Gebrauch gemacht.

---

## **TOP 5 Fragestunde des Rates**

STN039/17

Herr Broughman fragt den Bürgermeister, warum er seine Tätigkeit beim Helmstedter Sonntag weiter ausübe, obwohl die Bürger dies nicht für gut heißen. Bei den Bürgern entstehe der Eindruck, als würde Bürgermeister Schobert auf die abgedruckten Berichte im Helmstedter Sonntag einen guten Einfluss haben. Er merkt an, dass zu viele Berichte über die Parteien abgedruckt und Probleme in Helmstedt weniger angesprochen werden.

Bürgermeister Schobert nimmt hierzu Stellung und erläutert, dass die Zeit als Bürgermeister durch die Bürgermeisterwahl eine beschränkte Zeit sei und er die Nebentätigkeit als einer der zwei Geschäftsführer des Helmstedter Sonntags zur Existenzabsicherung ausübe, welche er ansonsten bei einer freiwilligen oder unfreiwilligen Beendigung der politischen Laufbahn nicht haben würde. Weiterhin erklärt er, dass er auf die laufenden Geschäfte des Helmstedter Sonntages keinen Einfluss habe und somit auch nicht auf redaktionelle Inhalte. Deshalb könne er die Fragen bezüglich der Inhalte der Berichte nicht beantworten.

Herr Engelke erfragt zum Gewerbegebiet Emmerstedt, mit welchen Einnahmen durch die verkauften, nicht genutzten Flächen laut Prognose zu rechnen ist und wann er hierzu eine Antwort erhalte. Die zweite Frage von Herrn Engelke bezieht sich auf einen Antrag über die rechtswidrige Missbilligung der damaligen Ratsfrau Frau Engelke und der damit im Zusammenhang stehenden Disziplinarmaßnahme gegen sie. Hierbei erläutert er, dass dieser Antrag seinerzeit durch den Rat der Stadt Helmstedt beraten und beschlossen wurde, ohne zuvor durch den Verwaltungsausschuss der Stadt Helmstedt vorbereitet worden zu sein. Er zitiert die §§ 76 und 78 NKomVG und erklärt, dass die zu beschließenden Anträge zuvor im Verwaltungsausschuss vorzubereiten sind und eine Behandlung im Rat ohne die vorherige Vorbereitung durch den Verwaltungsausschuss zur Rechtswidrigkeit des Beschlusses führe. Zu dieser Thematik stellt er an die Ratsvorsitzende Frau Heister-Neumann die Frage, warum Sie den E-Mail Kontakt bezüglich der ungeklärten Angelegenheit abgebrochen habe. Von Bürgermeister Schobert erwarte er eine Antwort, ob der genannte Antrag in der Ratssitzung am 08.06.2017 erneut aufgesetzt und in der vorherigen Verwaltungsausschusssitzung vorbereitet werde.

Frau Heister-Neumann erklärt Herrn Engelke, dass sich die Fragestunde des Rates an den Bürgermeister richtet und sie diese Angelegenheit mit Herrn Engelke im Anschluss klären wolle.

Herr Schobert erklärt, dass die Berechnung der Gewerbesteuererinnahmen des Gewerbegebietes Neue Breite schätzungsweise in den kommenden acht Wochen erfolgen werde und weist auf die derzeitigen Vorbereitungen für die Fusion mit der Gemeinde Büddenstedt im Bereich des Finanzwesens hin. Er bittet diesbezüglich um Verständnis. Auf die zweite Frage von Herrn Engelke nimmt Bürgermeister Schobert Stellung und erläutert, dass sich der Antrag an den Rat gerichtet habe und es einer erstmaligen Behandlung und Vorbereitung im Verwaltungsausschuss nicht bedarf. Entscheidet der Rat in der ersten Beratung eines Antrages, den Antrag weiter zu behandeln, so muss der Antrag vor der kommenden Ratssitzung durch den Verwaltungsausschuss beraten und ein Beschluss vorbereitet werden.

Herr Strümpel bittet Bürgermeister Schobert, eine E-Mail mit vier konkreten Fragen, welche er dem Bürgermeister schriftlich zukommen lassen hat, kurz für alle Ratsmitglieder wiederzugeben.

Herr Schobert verliest die Antworten zu den Anfragen von Herrn Strümpel, welche im Ratsinformationssystem (RIS) unter der Nr. STN039/2017 zu finden sind.

Hierzu stellt Herr Strümpel die Nachfrage, ob die Aussage richtig sei, dass sich der Haushalt durch die vom Bürgermeister genannten Beträge verbessern wird, weil die Investitionskosten zunächst ohne das Fusionsfolgesgesetz des Landes geplant waren.

Herr Schobert antwortet auf diese Nachfrage, dass diese Aussage nicht richtig sei. Dies sei ein Beispiel für den Fall, wenn der Landesgesetzgeber Maßnahmen beschließt, welche auf Kosten der Kommunen umgesetzt werden müssen. Er erklärt, dass das Land Niedersachsen bislang noch keine Kostenerstattung in Aussicht gestellt habe und der Kostendruck auf die Kommunen aufgrund der Sonderregelung wesentlich größer werden wird. Weiterhin erklärt er, dass sich die kommunalen Spitzenverbände seit langem dafür einsetzen, dass das Land Niedersachsen

aufgrund seiner Verpflichtungen und im Rahmen des Konnexitätsprinzips Kosten erstattet und bittet alle Landespolitiker, sich dafür einzusetzen, dass das Konnexitätsprinzip auch in einem solchen Fall Anwendung findet, sodass das Land Niedersachsen die Kosten für die Maßnahmen durch die Schulträger, welche durch das Land Niedersachsen beschlossen wurden, übernimmt.

Herr Engelke wiederholt erneut sein Zitat aus dem NKomVG und ist der Ansicht, dass der Verwaltungsausschuss den Antrag, den ein Ratsmitglied an den Rat stellt, vorzubereiten habe. Hierzu fragt er Bürgermeister Schobert, ob er dieses Satz nicht verstehe.

Frau Heister-Neumann merkt Herrn Engelke gegenüber an, dass es sich um eine Fragestunde handelt und die Frage von Herrn Engelke durch Bürgermeister Schobert bereits beantwortet wurde.

Sodann stellt Frau Heister-Neumann fest, dass es seitens der Ratsmitglieder keine weiteren Fragen an den Bürgermeister gibt.

---

**TOP 6      Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses**

Bürgermeister Wittich Schobert hat zu diesem Tagesordnungspunkt nichts zu berichten.

---

**TOP 7      Änderung der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Helmstedt (SOV); Leinenzwang in der Grünanlage Wallgarten**

V084/17

Herr Waterkamp gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Frau Schadebrodt bedankt sich zunächst bei allen Beteiligten aus Rat und Verwaltung für die geduldige Auseinandersetzung mit diesem Thema. Die FDP-Fraktion werde diesem Beschlussvorschlag zustimmen. Sie ist jedoch der Ansicht, dass bei der Ausweitung der Zeit um eine Stunde ohne Leinenzwang nicht das letzte Wort sein könne und erinnert die Verwaltung an die weitere Vereinbarung, welche im ASO getroffen wurde. Es soll weiterhin nach einer Möglichkeit für eine Hundeauslaufläche gesucht werden, um damit eine artgerechte Tierhaltung anbieten zu können. Sie hofft, dass diese Hundeauslaufwiese mit vertretbarem Aufwand eingerichtet werden kann.

Herr Gehrke merkt zu diesem Thema an, dass es im Stadtgebiet Helmstedt Stellen mit Hundekotspender gebe, die entweder überwiegend leer seien oder kaum bis gar nicht genutzt werden und daher an diesen Stellen nicht erforderlich sind. Er regt hierzu an, an den entsprechenden Stellen, an denen die Hunde frei laufen können, zusätzliche Hundekotspender aufzustellen, damit sich die Hundebesitzer auf dem Weg dorthin mit Hundekottüren versorgen können.

Frau Gogolin vertritt die Ansicht, dass Hundebesitzer für den Auslauf ihrer Hunde Sorge tragen und dafür notfalls auch ein Stück fahren müssen. Es gebe im Stadtgebiet Menschen, die aus Angst vor den freilaufenden Hunden nicht gerne auf den Wall gehen. Diese Angst werde mit der Verlängerung der leinenfreien Zeit verstärkt.

Herr Schobert greift die Anregung von Herrn Gehrke auf und bittet jeden um aktive Mithilfe, indem Hundehalter, die sich an Hundespendern bedienen und sichtbar ihren Vorrat an Hundekotbeuteln auffüllen, darauf hingewiesen werden, dass diese Hundekotbeutelspender dafür vorgesehen sind, nur einen Beutel zu ziehen. Weiterhin spricht er die Thematik von Frau

Gogolin an und erklärt, dass mit dieser Änderung eine gute Lösung gefunden wurde, welche es ermögliche, im innerstädtischen Bereich Hunde freilaufen lassen zu können, ohne die Umwelt durch zusätzlichen Fahrzeugverkehr zu belasten. Für diejenigen, die eine negative Erfahrung mit Hunden haben, weist er darauf hin, dass es in allen anderen Grünanlagen der Stadt keine Sonderregelung für das freie Auslaufen von Hunden gebe und somit nur im Wallgarten das Freilaufen von Hunden zu bestimmten Zeiten erlaubt sei. Daher gebe es in der Stadt Helmstedt mehrere Möglichkeiten für das Spaziergehen, ohne dass ein unangeleiteter Hund entgegenkomme. An Frau Schadebrodt gerichtet erklärt er, dass die Verwaltung weiter verfolgen werde, welche Möglichkeiten es darüber hinaus gebe, um ganz konfliktfreie Flächen für Hunde zu finden.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt mit 30 JA-Stimmen bei 1 NEIN-Stimme den nachfolgenden

### **Beschluss**

Die in der Anlage beigefügte 2. Änderung der Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Stadt Helmstedt vom 19.12.2008 wird beschlossen. Die Änderungsverordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Anmerkung: Die im Beschluss genannte Anlage hat der Vorlage beigelegt.

---

### **TOP 8 Annahme von Zuwendungen durch den Rat**

V075/17

Herr Doil gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Engelke merkt an, dass die Friede Springer Stiftung einer der Vereine sei, die dafür Sorge, dass die Kommunen keine Gelder haben. Daher werde er sich bei diesem Beschluss enthalten.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt einstimmig - bei einer Enthaltung - den nachfolgenden

### **Beschluss**

Die in der Vorlage 75/2017 aufgeführte Zuwendung wird angenommen.

---

### **TOP 9 Städtebaulicher Vertrag zwischen Stadt und Landkreis Helmstedt zur Einrichtung des Gewerbegebietes Barmke Autobahn**

I011/17

V057a/17

Herr Dr. Weferling gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Preuß vertritt die Ansicht, der Zusatz unter Punkt 3 des Beschlussvorschlages sei überflüssig, da in § 5 des Städtebaulichen Vertrages eindeutig bestimmt ist, dass die Vermarktung des Gewerbegebietes durch die Vertragspartner erfolgt. Daher bittet er, den Punkt 3 des Beschlussvorschlages zu streichen.

Herr Engelke werde dem Beschlussvorschlag zustimmen. Zusätzlich äußert er, dass er Bedenken hinsichtlich dieses Gewerbegebietes habe. Lt. Anlage sei es wünschenswert, dort Logistikbetriebe anzusiedeln. Diese verbrauchen jedoch aufgrund der großen Lagerflächen viel Platz, sind unschön anzusehen und schaffen wenige Arbeitsplätze. Er empfiehlt, in dem



Gewerbegebiet Produktionsbetriebe anzusiedeln, mit denen viele Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Herr Strümpel merkt zu Punkt 3 des Beschlussvorschlages an, dass dieser Punkt sehr wichtig sei, weil die WOB-AG zur Schaffung dieses Gewerbegebietes Anstoß gegeben habe und stark in den Prozess involviert war. Er merkt an, dass der Vertrag nicht mehr geändert werden konnte, weil eine Änderung viel kostbare Zeit in Anspruch genommen und zu Zeitverzögerung geführt hätte. Weiterhin merkt Herr Strümpel an, dass im Zusammenhang mit dem Gewerbegebiet auf eine geringe Umweltbelastung geachtet werden soll. Nachdem in Grasleben mit der konkreten Planung einer Umgehungsstraße begonnen werde, sollte überlegt werden, ob dies auch für Rennau und Rottorf sinnvoll sein könne, um den Verkehr, der von der Autobahn abfließt, anders zu kanalisieren und die Menschen vor Ort zu schützen.

Herr Waterkamp ist mit Punkt 3 des Beschlussvorschlages nicht einverstanden, weil er der Ansicht ist, dass ein Unternehmen mit wirtschaftlichen Interesse eine Kommune beeinflussen könne. Da es sich um ein kommunales Projekt handele, stellt Herr Waterkamp den Antrag, über die Punkte im Beschlussvorschlag einzeln abzustimmen. Diesem wird einstimmig entsprochen.

Herr Schobert ist der Ansicht, dass Arbeitsplätze hinsichtlich ihrer Qualität nicht bewertet werden sollen. Dort, wo Arbeitsplätze geschaffen werden und Arbeitssuchende eine Chance auf einen sozialversicherungspflichtigen und sicheren Arbeitsplatz erhalten, gehe eine Kommune den richtigen Weg. Der Bereich der Spedition ist gewerkschaftlich und damit tarifrechtlich durchorganisiert, wodurch die Arbeitnehmer nach Tarifen bezahlt werden, die durch Gewerkschaften auf der einen Seite und Arbeitgeberverbänden auf der anderen Seite ausgehandelt werden.

Herr Schobert ist erfreut über die Anmerkung von Herrn Strümpel zur Umgehungsstraße bei Rottorf und Rennau. Bei der Landesstraße handele es sich um ein Projekt des Landes Niedersachsen. Er sei sich jedoch sicher, dass sich die Stadt Helmstedt gemeinsam mit dem Landkreis und der Samtgemeinde Grasleben dafür einsetzen werde, damit diese Trassenführung zur Entlastung von Rennau und Rottorf gebaut werde. Er stellt in diesem Zusammenhang auch fest, dass im Voraus eine Einigkeit über den Bau der Trassenführung in Rennau vorhanden sein muss, damit nicht die Situation eintrete, wie sie in Grasleben eingetreten ist, dass der Wunsch für die Umgehungsstraße vorhanden ist, das Land Niedersachsen die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt, die Planung jedoch aufgrund Uneinigkeiten im Dorf nicht umgesetzt werden kann.

Zu den Aussagen von Herrn Preuß und Herrn Waterkamp stellt der Bürgermeister fest, dass die Stadt Helmstedt seit Jahren mit der WOB-AG vertrauensvoll zusammenarbeite. Die WOB-AG wird u.a. durch die Stadt Wolfsburg und hauptsächlich durch den VW-Konzern finanziert. Durch die Zusammenarbeit mit der WOB-AG werden Gelder des VW-Konzerns in Helmstedt investiert. Der VW-Konzern nehme die Situation um Wolfsburg herum stärker war und möchte die Region um die Stadt Wolfsburg herum stärken, damit sich auch andere Gebietskörperschaften wie der Landkreis Helmstedt und die Stadt Helmstedt weiterentwickeln können. Daher habe die Verwaltung der Stadt Helmstedt großes Interesse an der Fortführung der Zusammenarbeit.

Herr Ide merkt an, dass ihm aufgefallen ist, dass die Ratsmitglieder immer wieder von geringfügiger Arbeit oder dem Niedriglohnsektor sprechen. Er bittet darum, Arbeit nicht zu bewerten, weil jeder Mensch arbeiten gehe, um seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können und ein Anrecht auf angemessene Bezahlung und angemessenes Ansehen habe.

Herr Winkelmann spricht sich gegen das Gewerbegebiet aus. Er hält einen Zuspruch für ein so großes Gewerbegebiet nicht für gerechtfertigt, weil dort keine nachhaltige Produktion geplant werde, sondern eine Spedition. Sollte die Spedition tatsächlich den Zuschlag erhalten, komme insbesondere in dem Gebieten Rennau Verkehrslärm auf die Bürger zu.

Herr Broughman nimmt zu den Aussagen von Herrn Ide und Bürgermeister Schobert Stellung und erklärt, dass es sich nicht um sichere Arbeitsplätze handele. Er selbst sei Zeitarbeiter und wisse deshalb, dass diese Arbeitsverhältnisse je nach Auftragslage ein Ende haben können und somit keine Sicherheit bieten. Weiterhin geht er auf die Aussage von Herrn Strümpel bezüglich der umweltschonenden Gestaltung des Gewerbegebietes und der Umgebung ein. Er ist der Ansicht, dass ein Logistikunternehmen nicht umweltschonend tätig werden könne, weil diese Unternehmen LKWs nutzen, die Schmutzpartikel produzieren.

Herr Gehrke betont, dass die SPD für das neue Gewerbegebiet sei und sieht die Hauptaufgabe des Rates der Stadt Helmstedt darin, die Zukunft der Stadt Helmstedt zu sichern. Dies sei nur möglich durch die Bereitstellung von Arbeitsplätzen, unabhängig von der Art und Qualität der Arbeitsplätze. Ferner führt Herr Gehrke an, dass die SPD-Fraktion ein ausführliches Gespräch mit der WOB-AG geführt habe, aus welchem resultiere, dass sich die SPD vorstellen könne, dass die WOB-AG ein ehrlicher Makler in dem Prozess sein wird, um das Gewerbegebiet mit Unternehmen zu füllen. Um die in Aussicht gestellten Zuschüsse nicht aufs Spiel zu setzen, solle eine weitere Zeitverzögerung vermieden werden. Weiterhin lädt Herr Gehrke alle Ratsmitglieder zu der kommenden Ausschusssitzung des AWTIS ein, welche mit einer Begehung der Neuen Breite beginnen werde, damit sich alle einen Eindruck von dem Gewerbegebiet vor Ort verschaffen können.

Die Ratsvorsitzende lässt über die Punkte des Beschlussvorschlages einzeln abstimmen. Der Rat der Stadt Helmstedt fasst den nachfolgenden

### **Beschluss**

1. Dem Abschluss des in der Anlage beigefügten Städtebaulichen Vertrages zur Entwicklung des Gewerbegebietes Barmke mit dem Landkreis Helmstedt wird zugestimmt.  
(26 JA-Stimmen, 4 NEIN-Stimmen, 1 Enthaltung)

2. Die Verwaltung wird ermächtigt erforderlichenfalls geringfügige Änderungen in Absprache mit dem Landkreis vorzunehmen.  
(25 JA-Stimmen, 4 NEIN-Stimmen, 2 Enthaltung)

3. Der Rat der Stadt Helmstedt wünscht, dass die WOB-AG im Rahmen des rechtlich zulässigen das Vorhaben weiterhin begleitet.  
(24 JA-Stimmen, 5 NEIN-Stimmen, 2 Enthaltung)

Anmerkung: Die im Beschluss genannte Anlage hat der Vorlage beigelegt.

---

### **TOP 10      Kostenfreies Parken für Elektrofahrzeuge; Antrag zur Änderung der Gebührenordnung für das Parken an Parkscheinautomaten**

V083/17

Frau Wiesenborn gibt den Sachverhalt anhand der Vorlage bekannt und verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Fox spricht sich für den Antrag aus und merkt an, dass das kostenfreie Parken für Elektrofahrzeuge der geringen Anzahl an Elektrofahrzeugen in Helmstedt einen symbolischen und auffordernden Charakter gebe. In diesem Zusammenhang spricht Herr Fox den von der SPD-Fraktion eingebrachten Antrag zur Entwicklung der Elektromobilität an, welcher im BUA auch beschlossen wurde. Er wundert sich, dass dieser Antrag nicht auf der Tagesordnung stehe. In diesem Antrag gehe es um die Entwicklung eines Konzeptes aus der Förderung der Elektromobilität mit Blick auf die Privatinvestition und entscheidungen, aber auch mit Blick auf die Entscheidungen der öffentlichen Verwaltung hinsichtlich der Bebauungspläne. Zukünftig sollen Einrichtungen von Ladestation vorgesehen und die Vorbereitung von Ladestationen vorschrieben werden.



Herr Broughman kritisiert diesen Antrag und merkt an, dass diejenigen, die sich ein Elektroauto leisten können, mit kostenfreien Parkplätzen belohnt werden. Er regt an, einen Tarif für Geringverdiener und Arbeitslose zu schaffen, weil diese die tatsächliche Kaufkraft aufbringen und dies nicht nur einmal die Woche. Gleiches soll für diejenigen, die in der Innenstadt arbeiten, bedacht werden. Herr Broughman werde erst für diesen Antrag stimmen, wenn die Elektromobilität weitgehend in Helmstedt verbreitet ist.

Herr Preuß empfindet diesen Antrag als unbedeutend und merkt an, dass es sich dabei lediglich um Cent-Beträge handle, die möglicherweise eingespart werden. Er sehe den Aufwand, der mit der Änderung der Satzung verbunden ist, im Verhältnis zum Erfolg als nicht gerechtfertigt und ist der Ansicht, dass eine Satzungsänderung nicht erforderlich sei. Diejenigen, die Umweltbewusst handeln wollen, tun dies nach ihren vorhandenen Möglichkeiten, und das auch ohne die Satzungsänderung.

Herr Winkelmann stellt fest, dass die Elektromobilität ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz sei, insbesondere, was die Luftreinhaltung der Städte betreffe. Die Förderung der Elektromobilität durch die Satzungsänderung sei einer von vielen kleineren Schritten zur umweltfreundlichen Mobilität. Er gibt Herrn Fox Recht, dass es in Helmstedt zukünftig mehr Ladestationen geben soll, da die vorhandene Ladestation in der Henkestraße häufig belegt sei.

Herr Engelke zweifelt an der Umweltfreundlichkeit der Elektromobilität. Er stimmt der Aussage, dass die Fahrzeuge zu einer Verbesserung der Luft in den Städten führen, zu, sieht daneben in der Elektromobilität zwei Gründe, um gegen diesen Antrag zu stimmen. Als erster Grund spreche die Produktion und die Zusammensetzung der Einzelteile der Elektrofahrzeuge gegen die Elektromobilität, weil dabei u.a. Rohstoffe verwendet werden, die nicht umweltfreundlich seien. Als zweiter Grund spreche die Art und Weise des Vorgehens bei der Rohstoffgewinnung, insbesondere der Umgang mit den Menschen in den Dritt-Welt-Ländern gegen die Elektromobilität. Deshalb werde Herr Engelke diesen Antrag nicht unterstützen.

Sodann fasst der Rat der Stadt Helmstedt mit 25 JA-Stimmen bei 5 NEIN-Stimmen sowie 1 Enthaltung den nachfolgenden

### **Beschluss**

§ 1 der Gebührenordnung für das Parken an Parkscheinautomaten der Stadt Helmstedt wird um folgenden Absatz 5 ergänzt:

(5) Elektrofahrzeuge im Sinne des § 2 EmoG (reine Batterieelektrofahrzeuge, von außen aufladbare Hybridelektrofahrzeuge und Brennstoffzellenfahrzeuge) sind von der Gebühr nach Absatz 1 unter Beachtung der Höchstparkdauer bis zum 30. Juni 2019 befreit. Voraussetzung für die Gebührenbefreiung ist die Verwendung der Parkscheibe sowie die Kennzeichnung des Fahrzeuges im Sinne des EmoG (E-Kennzeichen o. ä.).

---

### **TOP 11 Bekanntgaben**

Schriftliche Bekanntgaben lagen nicht vor.

---

### **TOP 12 Einwohnerfragestunde**

Den anwesenden Einwohnern wird erneut Gelegenheit gegeben, sich zu den Tagesordnungspunkten und zu sonstigen Angelegenheiten der Gemeinde zu äußern, sowie Fragen an die Ratsmitglieder und die Verwaltung zu stellen. Hiervon wird jedoch kein Gebrauch gemacht.

Sodann beendet die Ratsvorsitzende Elisabeth Heister-Neumann um 18:05 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates der Stadt Helmstedt. Nachdem alle Gäste den Saal verlassen haben, eröffnet sie den nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Rates der Stadt Helmstedt.

---

Schulze